

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Oldenburgische Volkszeitung  
1919**

4 (5.1.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-82258](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-82258)

# Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochsaz Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.30 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.58 Mark; einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.29 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probeummern acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 21 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 26 Pfennig, für die Kleinanzeige 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telefonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

(Das „Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft“ wird während der Kriegszeit nicht belagert.)

Nr. 4. | Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfachkonto: Hannover 7908. | Besta, Sonntag, 5. Januar 1919. | Zweiggeschäftsfil. i. Oldenburg: W. Parelmann, Achterstraße 51, Fernspr. 1032. | 86. Jahrgang

## Das Programm der Deutschen Zentrumspartei.

### Aufruf des Reichsausschusses der Zentrumspartei.

Durch gewaltsamen Umsturz ist die alte Ordnung Deutschlands zerstört, sind die bisherigen Träger der Staatsgewalt teils beseitigt, teils lahmgelagt worden. Eine neue Ordnung ist auf dem Boden der gegebenen Tatsachen zu schaffen; diese Ordnung darf nach dem Sturz der Monarchie nicht die Form der sozialistischen Republik erhalten, sondern muß eine demokratische Republik werden.

An der großen und schweren Aufgabe zuarbeiten ist in erster Linie die deutsche Zentrumspartei berufen und bereit. Ihre alten, stürmerproben Grundzüge Richtung und Maß für die neuen Arbeitsziele Richtung und Maß.

Gerade in diesen furchtbaren Stürmen soll das deutsche Volk mehr als je erfüllt sein vom Geist der christlichen Wahrheit, der das öffentliche, wie das private Leben durchdringen muß, wenn das Glück des Ganzen wie des Einzelnen erhofft werden will.

Es gilt, ein soziales Recht der Allgemeinheit aufzurichten, das jedem Staatsbürger für seine pflichtmäßige Arbeit und sein Eigentum einen gerechten und zuverlässigen Schutz gewährt. Es gilt in dem Rahmen der christlichen Grundzüge und des gemeinen Rechts der bürgerlichen Freiheit Raum zu geben, die allein das Leben würdig zu gestalten vermögen, indem sie jede Bevormundung und Willkür von Seiten einer Bureaucratie, Klassen- oder Parteiherrschaft ausschließt.

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf die Zentrumspartei der eifrigen Mitarbeit aller Parteigenossen.

Diese Zweckmäßigkeit zur Zentrumspartei als einer christlichen Volkspartei, wird nicht begrenzt durch ein Religionsbekenntnis. Alle Staatsbürger christlicher Religion haben diese Grundzüge politischer Arbeit gemeinsam.

Zum erstenmal treten diesmal auch die Frauen auf den politischen Kampfplatz; sie sind uns im Kampfe für eine heilige Sache mitkommen. Wenden auch sie an der Seite der Männer mit all ihrer Kraft ein.

**Für Wahrheit, Freiheit und Recht!**

Die Parteiarbeit wird durch Einhaltung der heiligsten, vom Reichsausschuss festgestellten Leitfäden erleichtert werden. Die Ausarbeitung eines Parteiprogramms und einer neuen Parteiorganisation wird vorbehalten.

**Frankfurt a. M., den 30. Dez. 1918.**

**Der Reichsausschuss der Deutschen Zentrumspartei: Gröber.**

**Leitfäden für die Politik der Zentrumspartei.**

Die Leitfäden der Zentrumspartei, wie sie am 30. Dezember in Frankfurt a. M. vom Reichsausschuss der Zentrumspartei unter Zugrundelegung der früher bereits veröffentlichten Richtlinien endgültig festgestellt worden sind, haben folgenden Wortlaut:

**1. Verfassung.**  
1. Scheunige Schaffung einer neuen Verfassung für Reich und Bundesstaaten auf demokratischer, alle politischen Bevorzugungen ausschließender Grundlage. Schutz der deutschen Nationalversammlung, die nicht in Berlin tagen kann, und Schutz der Durchführung ihrer Beschlüsse durch Truppen Freiwilliger.  
2. Wahrung der Reichseinheit, Stärkung des Reichsgebankens. Erhaltung des bundesstaatlichen Charakters des Reichs zum Schutz der Eigenart der deutschen Stämme. Dem Reich ist die ausschließliche Regelung der wehrpolitischen und außenpolitischen Fragen.

den Bundesstaaten die ausschließliche Regelung der kirchlichen und schulpolitischen Fragen vorbehalten. Reichseinheit und Zusammenschluß mit allen anschlussbereiten deutschen Stämmen.

3. Gleiches Wahlrecht mit Verhältniswahl, Frauenwahlrecht und Wahlsystem in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden.

4. Volksregierungen, die des Vertrauens der Volkserziehung für ihre Amtsführung bedürfen, mit starker Vollzugsgewalt in Reich und Bundesstaaten.

5. Ausbau der Selbstverwaltung und Schulung des Volkes für die gleichberechtigte Teilnahme aller Volksschichten an den öffentlichen Ämtern in Staat und Gemeinden ohne Kastenrecht und Klassenbevorzugung.

6. Erhaltung eines selbständigen Berufsbeamtenstandes, das durch eine den Bedürfnissen der Familie Rechnung tragende, gerechte Besoldungspolitik in seiner Lebensstellung gesichert und durch selbstgewählte Ausschüsse und Kammern an der würdigen Ordnung seiner Dienstverhältnisse beteiligt ist.

7. Grundrechte, welche allen Staatsbürgern ohne Unterschied des politischen und religiösen Bekenntnisses auf dem Boden des gemeinen Rechts und im Geist hochmütig erforscher Freiheit den ungehinderten Ausdruck ihrer Ueberzeugung in Wort und Schrift, sowie deren unbeschränkte Betätigung in Verammlungen, Vereinen und Genossenschaften aller Art gewährleisten.

**2. Außenpolitik.**  
8. Sofortige Herbeiführung eines Präliminarfriedens und baldigster Abschluß des Weltfriedens der Verständigung und Versöhnung der Völker.

9. Feststellung eines den christlichen Grundzügen entsprechenden Völkerrechts; für die Regelung der Beziehungen der Staaten zueinander soll das ewige Recht, nicht die Gewalt maßgebend sein. Volkswirtschaft, durch völkerrechtliche Bürgschaften gesicherte Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles.

10. Schaffung eines Völkerbundes gleichberechtigter großer u. kleiner Staaten unter Ausbaur der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, Ausföhrung weitgehender gleichzeitiger Abrüstung und Abschaffung der Geheimverträge.

11. Schutz der nationalen und religiösen Minderheiten in allen Staaten.

12. Wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit und Gleichberechtigung im Weltverkehr für alle Völker. Freiheit der Meere, insbesondere durch Abschaffung des Seebuterechts und Gewährleistung ungehinderten Verkehrs der neutralen Handelschiffe zwischen neutralen Staaten.

13. Internationale Regelung des Arbeiterrechts, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Gleiche Maßnahmen für die Angestellten.

14. Erziehung des Volkes zu besserem Verständnis der außenpolitischen Fragen. Willige Erneuerung des auswärtigen Dienstes in persönlicher und sachlicher Hinsicht.

15. Herstellung eines den deutschen Bedürfnissen genügenden Kolonialgebietes. Förderung der Erziehung und Christianisierung der Eingeborenen; Beseitigung jeder Form der Sklaverei.

**3. Innenpolitik.**  
**A Kulturpolitik.**

16. Erhaltung und Kräftigung des christlichen Kultur- und Erziehungsideals im Volksleben.

17. Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Religionsgesellschaften, ihrer Vereinigungen und Genossenschaften. Verständnisvolles Zusammenarbeiten von Kirche und Staat; keine gewaltsame Aenderung der staatlich-kirchlichen Rechtsverhältnisse unter Verletzung der Ueberzeugung und

der berechtigten Ansprüche der kirchlich gesinnten Volkskreise.

18. Gleichmäßige Berücksichtigung der Angehörigen und Anfallten der verschiedenen Glaubensbekenntnisse auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, insbesondere bei Verteilung öffentlicher Ämter und Zuwendung öffentlicher Mittel.

19. Freiheit der christlichen Vorkenntnisse und paritätische Förderung ihrer Einrichtungen.

20. Schutz und Stärkung der Ehe und Familie. Tatkräftige Fürsorge für kinderreiche Familien. Schutz des Kindes, der heranwachsenden Jugend und der Frau gegen Ausbeutung. Kampf gegen sittliche Verwilderung im Volke, insbesondere auch gegen die entartete Kunst und eine verdorrte Literatur.

21. Wahrung des Rechts der Eltern und der Religionsgesellschaften auf die Erziehung der Kinder. Erhaltung der professionellen Volksschulen. Sicherung eines genügenden Religionsunterrichts in allen Schulen. Freiheit des Unterrichts und der Wissenschaft.

22. Freie Bahn zum Aufstieg der Tüchtigen aus allen Volksschichten; Beseitigung eines überlebten Berechtigungswesens und des Kastenregimes in der Schulwesen.

23. Freie Entfaltung der Mitarbeit der Frauen bei dem Wiederaufbau und der Pflege des deutschen Volksebens unter voller Auswertung der weiblichen Eigenart.

**B Wirtschaft- und Sozialpolitik.**

24. Geordneter Aufbau der Volkswirtschaft im Dienste der sozialen Gerechtigkeit und des Gemeinwohls auf Grundlage der produktiven Arbeit. Grundzügliche Erhaltung der auf persönlichen Eigentum beruhenden, nach dem Solidaritätsprinzip dem Gesamtwohl der Gesellschaft untergeordneten Privatwirtschaft.

25. Stärkung der Volksernährung durch planmäßige Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

26. Gemeinnützige Bodenpolitik. Durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform. Innere Kolonisation. Mehrung und Erweiterung der bäuerlichen Betriebe unter Heranziehung von Staatsdomänen und wirtschaftlich ausgedehnten Großgrundbesitzes gegen Entschädigung.

27. Schutz und ausgleichende Förderung der einzelnen Berufsstände als notwendige Glieder eines geordneten Wirtschaftskörpers, insbesondere Aufrichtung eines leistungsfähigen Mittelstandes; Erhaltung eines leistungsfähigen Bauernstandes, Hebung des durch den Krieg schwer geschädigten Handwerkerstandes mittels Zumeilung von Rohstoffen, Arbeit und Kapital, Wahrung der berechtigten Interessen der Kaufmannschaft, Abbau der kriegswirtschaftlichen Organisationen, Schutz der Erzeuger wie der Verbraucher und ihrer Organisationen.

28. Fortführung der Sozialpolitik für die kriegs- und kriegsbedingte Bevölkerung unter stärkerer Betonung der Persönlichkeit und Menschenwürde.

29. Fortbildung der Rechtsprechung im Sinne erhöhter sozialer Gerechtigkeit und vermehrten wirtschaftlichen Schutzes gegen Wucher, unlauteren Wettbewerb, Ueberverteilung und Ausbeutung aller Art. Rechtsprechung durch unabhängige Berufsrichter unter Zugiehung von Laien in erster und zweiter Instanz der Gerichte.

30. Gewissenhafte und werthetige Fürsorge für kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene; Verbesserung des Rentenfeststellungsverfahrens durch Schaffung von Rechtsgarantien. Einführung eines Heimstättenrechts unter besonderer Berücksichtigung der Kriegs-  
kollaterale

**C Finanzpolitik.**

31. Verteilung der Steuerlasten nach der Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung des Familienstandes und der Familiengröße. Schärfste steuerliche Erfassung der hohen Einkommen, der großen Vermögen, des unverdienten Verzuwaches und der durch den Krieg gemachten Gewinne. Gleichmäßige Durchföhrung der Reichssteuergeetze in ganz Deutschland.

32. Verhütung der Steuerflucht und der Abwanderung des Kapitals ins Ausland.

33. Ablehnung jeder Entwertung der Kriegsanleihen.

### Wir Christen!

Berlin hat böse Tage hinter sich, und es ist jo gut wie alles gekehren, um die bisherige Hauptstadt des deutschen Reiches im In- und Ausland in Bezug zu bringen. Vergänglich hat man darauf gewartet, daß auch das Bürgertum in Berlin sich einmal aufräumen und machtvoll befinden würde, daß es auch noch da sei. Was den auf ihre Macht und ihren Einfluß sich soviel zugute haltenden Liberalen Berlins, von einem kleinen, aber mißglückten Anlauf abgesehen, bislang nicht gelungen ist, das hat am Neujahrstage das in Berlin nie für voll angehende und ernst genommene Zentrum zu Wege gebracht. Die Massenundgebung des Zentrums am Neujahrstag war den meisten Berlinern wie eine Offenbarung und selbst die Anhänger der christlichen Volkspartei waren erstaunt und überrascht über die gewaltige Wirkung, die ihr eigentlich recht schüchternen Ruf zu einer Massenundgebung im Zirkus Busch ausgelöst hat. Große Vorbereitungen waren keineswegs getroffen worden, u. darum gewinnt die imponante Kundgebung für die christliche Weltanschauung, die am 1. Januar auf Plätzen und Straßen Berlins veranstaltet wurde, an Bedeutung und an überwältigender Macht. Der gewaltige Raum des Zirkus Busch war schon lange vor Beginn der Versammlung überfüllt, so daß seine Tore geschlossen werden mußten. Aber Tausende und Abertausende frörmten noch fortwährend zu und stauten sich vor dem Eisenbau des Zirkus. Schnell entschlossen improvisierte die überraschte Leitung eine zweite Versammlung unter freiem Himmel im Lustgarten vor dem königlichen Schloß, aber es war den Rednern hier unmöglich, sich den Zehntausenden, die vor dem neuen Museum dicht gedrängt standen, verständlich zu machen, und so mußten auf Droßeln und Autos immer neue Rednertribünen geschaffen werden. Eine erhebende Begeisterung belebte die gewaltigen Massen, und es war ein Schauspiel, wie es Berlin wohl noch nie erlebt hat, als am Schluß der Kundgebungen im Lustgarten das Lied „Großer Gott, wir loben dich“ zum zerschossenen Königsschloß herüberbrauste. Irrendwo wurde der Ruf laut: „Wie ziehen zu Adolf Hoffmann! Er pflanzte sich durch die Massen fort, die sich darauf zum Zirkus Busch hin in Bewegung setzten, und die dort Verammelten aufzunehmen. Unter Führung der im Auto vorausfahrenden beiden ersten Kandidaten der Berliner Zentrumspartei, Dr. Pfeiffer und des protestantischen Pastors Hecker setzte sich der Zug, in dem einige von Soldaten schnell herbeigeschaffte schwarz-weiß-rote und schwarz-rot-goldene Fahnen flatterten, in Bewegung. Die Zahl der Teilnehmer wird selbst von Berliner liberalen Blättern auf mindestens 60 000 geschätzt. In guter Ordnung zog die schier endlose Reihe der christlichen Männer und Frauen die Linden herunter, freudig begrüßt von den erstaunten Passanten, die über die viele ungeahnte Kraftentfaltung des Berliner Zentrums offenbar maßlos erstaunt waren. Vor dem Kultusministerium trauten



sich die ... und in kraftvollen Worten gab sich der ... und die Empörung des ... Berliner Volkes über das in diesem Hause geübte Regiment kund. Noch machtvoller als bisher aber erschall auch hier wieder der weihen Choral: Großer Gott, wir loben dich. Durch die Wilhelmstraße ging es dann weiter zum Reichstagspalais, wo die beiden Kandidaten erneut begeisterte Ansprachen hielten. Wieder formierten sich alsdann die zahllosen Tausende zu einem Zuge, der die Hofstraße herunter durch die Königgrüzerstraße bis zum Brandenburger Tor zog, durch den er dann wieder in die Linden einbog und bis vor das Kultusministerium vorrückte, wo es erneut zu einer massiven Kundgebung christlicher Aboerzeugungstene kam. Unter dem Jubel der Zehntausende verkündeten dort Hand in Hand die beiden Kandidaten den professionellen Frieden und riefen die Anhänger beider christlicher Bekenntnisse zum gemeinsamen Kampf für unser Christentum innerhalb der Zentrumsparthei auf. Es kam zu keinem förmlichen Zwischenfall. Berlin aber hatte ein Schauspiel erlebt, das in der trüben Revolutionsgeschichte dieser Zeit wie eine Erlösung und als eine geistige Gegenrevolution fortleben wird.

## Das neue Deutschland.

### Regierungskrise in Braunschweig.

TU. Braunschweig, 3. Jan. In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats, in welchem die Unabhängigen die Mehrheit haben, kam es nach ungeduldig irriterter Debatte zu einer schweren Regierungskrise. Eine von den Volkskommissionären Anneries und Finanzen ausgearbeitete Denkschrift über die Arbeiten und das Regierungsprogramm fand scharfen Widerspruch und wurde mit 24 gegen 20 Stimmen als unannehmbar abgelehnt und darauf eine neue gemeinsame Denkschrift des Präsidenten und sämtlicher Volkskommissionäre gefordert. Alle fünf Volkskommissionäre erklärten in diesem Beschlusse ein Misstrauensvotum und erklärten sofort ihren Rücktritt mit der Begründung, die bisherige Wirtschaft gehe nicht weiter. Der Arbeiter- und Soldatenrat lehnte die Annahme der Demission ab.

### Eine Annäherung.

III. Gelsenkirchen, 3. Jan. In der gemeinsamen Sitzung des hiesigen A.S.R. wurde beschlossen, den Oberbürgermeister Machen seines Amtes zu erheben, weil seine Ansichten nicht mit der neuen Zeit übereinstimmen und wegen Nichterfüllung gewisser Forderungen. Dieser Beschlusse wurde dem Oberbürgermeister Machen vom A.S.R. schriftlich mitgeteilt und damit begründet, daß er es nicht verstanden hätte, seit dem 9. November die Autorität und das Ansehen des A.S.R. zu heben.

### Eine Note der Alliierten gegen den Bolschewismus in Deutschland?

III. Haag, 3. Jan. Nach einer Mitteilung in „Politik“ haben die Alliierten im Hinblick auf die Entwidlung der Lage in Deutschland der deutschen Regierung eine warnende Note versandt. Der Vertreter des Maritimalts fragte, ob die Waffenstillstandskommission erklärt, daß, wenn die bolschew. Elemente in Deutschland die Macht in die Hand bekämen, die Alliierten sofort alle Unterhandlungen abbrechen und den vorläufigen Frieden rückgängig machen würden. Eine andere Meldung besagt, die deutschen Politiker sollten sich vergebemühen, daß Berlin besetzt würde, falls die drohende bolschewistische Gefahr nicht ein Ende habe. Die Regierung wird daher sehr energische Maßnahmen gegen den Bolschewismus treffen müssen.

Wie eine Nachrichtenstelle hört, werden die Vertreter der Sowjetrepublik von jetzt an in Berlin bleiben, um die Befreiungen der Spartakusgruppe gegen den internationalen Kapitalismus und für ein Zusammengehen des deutschen mit dem russischen Proletariat zu unterstützen. Rabat hält sich noch immer in Berlin auf und auch Sofwe ist hier wieder eingetroffen.

Nach dem „Vorwärts“ bestehen auch jetzt noch Beziehungen zwischen der Petersburger Telegraphenagentur und dem Volkspräsidenten Eychen. Dieser hat in den letzten Tagen, wie unumwunden feststeht, 11 400 M im eingeschriebenen Brief von der Post erhalten.

Aus Warschau wird gemeldet: Wilna, die alte Hauptstadt Litauens, wird von den Deutschen geräumt und von den Bolschewisten besetzt werden. Unter der Bevölkung, die zum größeren Teile aus Polen besteht, herrscht große Angst. Die Deutschen verhindern die Bevölkerung die Stadt zu verlassen und eine Offenbarung zu organisieren, so daß also 300 000 Einwohner in wehrlosen Zustände den Notzen heraus ausgeliefert werden sollen. In allen Städten werden Seele messen abgefahren.

In Riga herrscht bolschewistischer Aufstand. Das deutsche Theater brennt. Es finden Straßentempfe statt. Die Lucie Boermann fuhr freitags früh mit Flüchtlingen und Truppen ab.

Der Temps meldet aus den ozeanischen Gebieten: Die Sicherheit der besetzten Gebiete ist neuerdings durch bolschewistische Elemente bedroht. Im Saargebiet ist infolge des Belagerungszustand verhängt worden und die Einsetzung von Kriegsgerichten zur Verteilung bolschewistischer Agitatoren angeordnet.

### Rücktritt der Unabhängigen aus der preussischen Regierung.

III. Berlin, 3. Jan. Die gestrige gemeinsame Sitzung des Zentralrates und des preussischen Staatsministeriums hat das Ergebnis gehabt, daß die unabhängigen Mitglieder des preussischen Kabinetts Ströbel, Dr. Breitfeld, Simon, Dr. Rosenfeld, Adolf Hoffmann und Paul Hoffmann zu dem Schluß gekommen sind, daß sie nicht länger in der Regierung verbleiben können.

### Die Unabhängigen in den Reichsämtern.

Die „Freiheit“ teilt mit, daß sämtliche Beigeordnete, die aus den Reihen der U. S. P. in die Reichsämtern abgeordnet waren, sich mit Haase, Dittmann und Barth solidarisch erklärten und der Regierung ihre Resignation zur Verfügung gestellt haben. Es sind dies Büchner, Dr. Cohn, Herzfeld, Jaekel und Vogtbeerr. Sie haben sich vorläufig bereit erklärt, die Geschäfte weiterzuführen, bis die Nachfolger ernannt sind.

### Christliche Gewerkschaftler und A.S.R. Bremen.

Die „Bremer Nachr.“ veröffentlichen folgende Zuschrift:

Eine offene Anfrage an den Arbeiterrat der U.-S.-G. „Weber“. Ist dem Arbeiterrat der U.-S.-G. „Weber“ bekannt, daß man christlich organisierten Arbeitern 10 % von ihrem Arbeitslohn zur Erhaltung der sozialistischen Arbeitervereine einbehalten hat, trotzdem diese Arbeiter keinen diesbezüglichen Anteil mit ihrer Namensunterschrift abgegeben haben? Ist diese widerrechtliche Einbeziehung des Lohnes mit oder ohne Zustimmung des Arbeiterrats geschehen? In einer Verammlung des christlichen Gewerkschaftsrates sind uns solche Lohnhöhen der U.-S.-G. „Weber“ vorgelegt worden, auf denen der Abzug von 10 % ausdrücklich für A.S.R. vermerkt war. Wir protestieren gegen ein solches Gebahren um so mehr, da ja durch das famose Wegregeln allen Nichtsozialisten das Wahlrecht geraubt ist. Die christlich organisierte Arbeiterschaft lehnt es ab, Geldmittel auszumensuren für Leute, die mit dem Begriff „Freiheit“ Schindluder treiben. In dem nach Ansicht der Spartakusleute so „verlorenen“ ehemaligen Polizeistat halten wenigstens alle Arbeiter ein Recht, nach ihrer Fassung selb zu werden. Im sozialistischen Freiheitstaale hat man scheinbar nur mehr das Recht, sich dem Teufel zu verschreiben. Der Kartellvorstand: S. M.: Soh, Dogier.

### Zum Waffenstillstand. Baldige Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen.

Stuttgart, 3. Jan. Die in der Gewalt der Entente befindlichen deutschen Kriegsgefangenen werden, wie die Württembergische Pressekorrespondenz von zünftigster Seite erfährt, in absehbarer Zeit freigegeben werden. Es handelt sich um etwa 800 000 Mann, die teils auf dem Landwege, teils auf dem Wasserwege zurückgelangen sollen, und zwar wird damit gerechnet, daß die Rückführung schon im kommenden Monat beginnt.

Berlin, 3. Jan. In der Frage der Erleichterung des schweren Loses unserer Kriegsgefangenen brachten die Bemühungen der deutschen Waffenstillstandskommission endlich ein Anfangsergebnis. Die Engländer versprechen nunmehr, daß aus England 800 schwer verwundete Deutsche auf dem Wege über Rotterdam zurückgelandt werden sollen. Es erklärten sich gleichfalls bereit, 400 schwer verwundete deutsche Kriegsgefangene über die Front nach Köln zurückzuführen.

Außerdem wollen die Amerikaner das in ihren Linien zurückgebliebene Sanitätspersonal über Koblenz nach Deutschland zurückführen.

Die deutsche Kommission hat die Alliierten dringend, diesem Beispiel bald möglichst allgemeine folgen zu lassen.

### Keine Einigkeit unter den Alliierten mehr.

III. Genf, 3. Jan. Der Sozialist Cochin stellt in der Humanität fest, zwischen den Erklärungen Clemenceaus in der französischen Kammer und der Rede des Präsidenten Wilson in Manchester bestehe ein großer Widerspruch. Man dürfe sich in dieser Hinsicht keinen Täuschungen hingeben. Es gebe keine Einigkeit mehr unter den Verbündeten.

Amerika rechnet mit einem schnellen Friedensschluß.

III. Haag, 3. Jan. Aus New York wird gemeldet, daß Präsident Wilson am 28. Febr.

dort wieder ernannt wird. Man will aus dieser Nachricht schließen, daß bis dahin die Friedensverhandlungen abgeschlossen sein werden.

### Verschiedene Nachrichten

#### Revolution.

P. Coloma schreibt in seinem Roman „Der arme Johannes“ die Revolution mit Worten, die auch für unsere jegliche Zeit ihre Wahrheit haben und einen Trost enthalten: „Die Revolution läßt sich mit einem Glase Wasser vergleichen, auf dessen Glas sich ein Bodensatz befindet. Wenn das Glas erschüttert wird und die Flüssigkeit dadurch in heftige Bewegung gerät, so rührt sich auch der Satz unten auf; er stürzt in die Höhe und krümmt sich und mehr die Reinheit des Wassers, bis er schließlich auch an die Oberfläche gelangt und sich hier breitet, als müßte er für alle Zeiten da bleiben. Wenn aber dann die Flüssigkeit wieder ins Gleichgewicht und zur Ruhe kommt, so fällt allmählich auch der schmutzige Bodensatz vermöge seiner eigenen Schwere wieder auf den Grund hinunter, von dem er besser niemals emporgerückt wäre. So sieht man auch bei Revolutionen oft Menschen emporkommen und selbst an die ersten Stufen gelangen, die nur mühselig oder gering bebaut und in jeder Beziehung unzulänglich sind, ja sehr häufig handelt es sich dabei sogar um gemeine Verbrecher. Der Grund liegt darin, daß die allgemeine Verwirrung und Unordnung die ehrgeizigen Elemente anstößt, und der Ehrgeiz ist eben durchaus nicht immer mit Talent und Tüchtigkeit verbunden. Wenn dann aber erst wieder Ruhe und Ordnung zurückgekehrt sind, sinkt auch dieser emporgekommene menschliche Bodensatz infolge seiner jämmerlichen Hohlheit und Nichtswürdigkeit wieder nach unten und verschwindet spurlos, ohne daß eine Erinnerung daran zurückbleibt.“

#### Selbstmord eines obersteilischen Bergbeamten.

III. Saffowitz, 4. Jan. (Drahtb.) Bergat Josiff ist freiwillig aus dem Leben geschieden. In einem Schreiben an die Obersteilischen Berg- und Stüttenwerke begründet er diesen Schritt damit, daß er sein Leben opfere, um die Bergarbeiter damit zu belehren, daß sie Unmögliches fordern. In dem Schriftstück heißt es: „Mißhandelt und vertriebt eure Beamten nicht. Ihr findet keine anderen, die bereit sein würden, mit Wahnsinnigen zu arbeiten. Ihr braucht sie, weil ihr ohne Leitung den Betrieb nicht führen könnt. Fehlt die Leiter, dann liegt der Betrieb und ihr müßt verhungern. Nur wenn ihr wieder mehr arbeitet, wie vor dem Kriege, und eure Ansprüche bescheiden werden, werdet ihr auf Zufuhr von Lebensmitteln zu erträglichen Preisen rechnen können. Da ich für Euch in den Tod gegangen bin, so schüht meine Frau und meine lieben Kinder und helfet ihnen, wenn sie durch eure Torheit in Not geraten.“

#### Sonstige Nachrichten.

Drei Viertel des Regierungsbezirks Posen sind in der Gewalt der Polen.

In Posen ist es zu neuen Schieberereien gekommen, über deren Ursache und Verlauf noch nichts verläutet.

In nachgebenden Sachreisen der Vereinigten Staaten rechnet man mit einer beschleunigten Aufnahme der Getreidelieferungen für Deutschland und die Donauländer.

Nach der Victoire von Herce hat Clemenceau in seiner Rede angedeutet, daß er die Neutralisation der linksrheinischen Gebiete fordern will, um Frankreich eine Barriere und Deckung für die Zukunft zu verschaffen. In den übrigen Zeitungen ist davon nicht die Rede.

Die Polen proklamieren Wahlenthaltung für die Wahlen zur Nationalversammlung.

Die Japaner sollen beginnen, ihre nach Sibirien entandnen Truppen zurückzuziehen.

100 Mann französische Truppen sind in Mannheim eingetroffen.

Prinz Max von Baden wird als Kandidat für die Nationalversammlung nicht aufgestellt werden.

### Deutsches Reich.

#### Verklärung der Kriegshinterbliebenenverförgung?

Eine ganz bedeutende Anzahl unserer Kriegshinterbliebenen ist durch eine ganz unerwartete Nachricht der schlimmsten Weise der Gefahr bitterer Not ausgesetzt. Seit kurzem wird nämlich die bisher gedachte Kriegsunterstützung denjenigen Eltern unserer Gefangenen nicht mehr gezahlt, über deren Anspruch auf Kriegserlösgeld noch nicht entschieden ist. Wie man leicht einseht, bedeutet das eine doppelte Benachteiligung. Während bisher im Notfall die Kriegsunterstützung sogar neben dem bescheidenen ausgeprochenen Kriegserlösgeld gegeben werden konnte, wird nun denjenigen, die noch nicht einmal dieses Kriegserlösgeld ausgeprochen erhalten haben, aber wenigstens einstuellen die Kriegsunterstützung erhalten, selbst diese noch entzogen. Zur Begründung wird angeführt, daß unterdessen die Demobilisierung eingetreten sei. Die öffentliche Meinung jedenfalls wird mit dieser Entscheidung sehr wenig einverstanden sein und dringend sofortige Abstellung wünschen.

**Sofortige Ablieferung**  
von  
**Heeresgut**  
bei den zuständigen Behörden  
beschleunigt den Frieden.  
Reichsverwaltungsamt, Berlin W, 8, Friedrichstraße 66.

#### Streit der Danziger Eisenbahner.

III. B. Danzig, 3. Jan. (Drahtb.) Die Eisenbahnarbeiter des Eisenbahndistrikts Danzig traten heute mittig in den Streit und unterbanden den gesamten Eisenbahn-Verkehr und Güterverkehr in Eisenbahndistrict Danzig, weil ihre Lohnforderung, die auf einen Stundenlohn von 2,40 M hinauswies, abgelehnt wurde. Im Einvernehmen mit dem Volksgauschuss wurde an die Regierung in Berlin ein Telegramm mit der Bitte gerichtet, eine Kommission nach Danzig zu entsenden. Es wurde beschloffen, daß der Zugverkehr sofort wieder zugelassen werden soll. Sollten die Verhandlungen in den nächsten 3 Tagen nicht zu einem günstigen Abschluß geführt haben, so wird der Streit fortgesetzt.

#### Zur Wahlbewegung im Reich.

##### Das Zentrumsprogramm.

Zu dem vom Generalsekretariat der deutschen Zentrumsparthei veröffentlichten Beschlüssen ist eine große Zahl von Zustimmungslundgebungen und Abänderungsvorschlägen eingegangen. Der Reichsauschuß der Zentrumsparthei hat in seiner Sitzung am 30. Dez. in Frankfurt a. M. diese Anträge berichtigt und, soweit sie annehmbar erschienen, sind dieselben in der endgültigen Fassung der Beschlüsse enthalten.

##### Der christlich-demokratische Soldatenbund.

Der vor kurzem in Berlin gebildet wurde, entfaltet eine äußerst rege Tätigkeit. Es soll nun der Bund nicht auf Berlin beschränkt bleiben. Mit Unterstützung der einzelnen örtlichen Zentrumsvereine sollen in den verschiedenen Städten Zweigvereine des christlich-demokratischen Soldatenbundes ins Leben gerufen werden, die in enger Fühlung mit der Zentral-Geschäftsstelle in Berlin, Königgrüßerstr. 106, arbeiten werden.

##### Zentrumsarbeit in Berlin.

Im großen Saale der Oberrealschule in Berlin-Siegheis fand am Sonntag, den 29. Dezember, eine vorläufige Besprechung der Zentrumsparthei statt, zu welcher auch zahlreiches Protestanten erschienen waren. Aber Schulsaal sprach Rektor Vorlich (Berlin-Siegheis), das Hauptredner hielt Dr. Sonnenheim (München-Neudach) über die Stellung der neuen Zentrumsparthei zu den Lagerereignissen. In der Diskussion beteiligten sich: ein sozialistischer Schriftsteller, ein liberaler Lehrer, ein evangelischer Pfarrer, sowie mehrere Distriktsredner beider Konfessionen. Der Hauptredner beleuchtete das gesamte Dispositionsmaterial in einem eingehenden Schlusswort und widerlegte vor allem die gegen den politischen und interkonfessionellen Charakter der Zentrumsparthei erhobenen Anschuldigungen und Selbsttäuschung des ganzen inneren Lebens und der äußeren Organisation der verschiedenen Konfessionen, die sich lediglich zum Zweck der Vertiefung gemeinsamer Interessen politisch zusammenfinden. Der Redner schloß unter ungemeinem Beifall mit der Aufforderung, der neuen Zentrumsparthei volles Vertrauen zu schenken. Nächste Besprechung sollen alle Versammlungen der Partei in Berlin. Der glänzende evangelische Pfarrer Saecker von der Antberkerke ist mit seiner ganzen Gemeinde zur Zentrumsparthei übergegangen. Es verlautet, daß er in die Kandidatenliste der Partei für Berlin aufgenommen wird.

##### Eine große Soldatenversammlung.

Veranstaltet vom christlich-demokratischen Soldatenbund, fand am Sonntag, dem 29. Dezember, nachmittags 3 Uhr im großen Saal der Berliner Philharmonie statt. Die Soldaten hatten sich zahlreich eingefunden. Der Vorsitzende Müller eröffnete die Versammlung mit einem kurzen Rückblick und gedachte dabei besonders der Gefallenen. Kamerad Boes weist darauf hin, daß der Bund mit der heutigen Versammlung zum ersten Male an die Öffentlichkeit tritt. In der Hand des Statuts schildert er Zweck und Aufgaben des Bundes. Er soll besonders den Kameraden in den Kasernen die nötige Aufklärung in allen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen geben. Es soll nicht die Meinung in Deutschland aufstachen, als seien alle Soldaten Sozialdemokraten. Deserteure und Zuchtsträfler sind grundsätzlich aus dem Bunde ausgeschlossen. Die nachfolgenden drei Redner: Kreisleiter Dr. Pfeffer, Pastor Saecker und Kamerad Beder behandelten darauf das Thema „Der Soldat und die neue Zeit“. Pfeffer erläuterte besonders das Programm des Zentrums in Bezug auf die Wirtschaft- und Sozialpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Fürsorge für die Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen.



Pastor Haeger legte das Programm in seinem Kulturpolitischen Teil dar. Es möge manchem seltsam erscheinen, daß er als evangelischer Prediger für das Zentrum werde. Er tue es mit gutem Gewissen. Es sei eine merkwürdige Verberührung mancher Menschen, zu glauben, er würde seinen Glauben betreten. Gerade, weil er seinen Glauben bekenne, stehe er zur christlich-demokratischen Volkspartei, dem Zentrum.

Der dritte Redner, Beder, schilderte die Aufgaben des Soldaten im neuen Deutschland. Er protestierte gegen die Behandlung der sozialdemokratischen Soldaten, gegen die Entfremdung der Ordens- und Rangabzeichen usw. Am 19. Januar müßten die Deute der christlichen Demokratie sein.

Am nächsten an die Referate fand eine lebhafte Aussprache statt, an der 10 Disputationsredner, darunter zwei Gegner, teilnahmen. In seinem Schlusswort glich Arbeitersekretär Zeffert auf die gemachten Einwände ein. Für den christlich-demokratischen Soldatenbund sei das einzig Richtige, die christlich-demokratische Volkspartei, das Zentrum, zu unterstützen und die Kandidaten der genannten Partei am 19. Januar zu wählen. Am Schluß wurde eine Resolution einstimmig angenommen und beschlossen, dieselbe durch eine Deputation der Regierung persönlich zu überreichen. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

1. Um Ruhe und Ordnung sicher zu stellen, unterstützen die christlich-demokratischen Soldatenbund die jegliche provisorische Regierung Herzog-Schönbmann bis zur Regelung durch die Nationalversammlung.
2. Er fordert einen großzügigen Ausbau der Kriegesbeschädigten-Schutzgesetzgebung, ferner die wirtschaftliche Sicherstellung der Kriegsteilnehmer vom Staate.
3. Der christlich-demokratische Soldatenbund vertritt geschlossen den Standpunkt, daß Rangabzeichen, Orden und Ehrenzeichen weiter getragen werden.
4. Er fordert eine gesunde Stedlungspolitik.
5. Er erhebt Protest gegen die Diktatur und Klassenzerstörung.
6. Er erhebt Protest gegen die Auffassung, daß alle Soldaten Sozialdemokraten seien.
7. Er fordert weiter die Wahrung der christlichen Lebensethik, Glaubens- und Gewissensfreiheit.
8. Der christlich-demokratische Soldatenbund erwartet von der Regierung baldigen Friedensschluß und geordnete Zustände im Lande.

### Der Erzbischof von Köln über die Wahlpflicht.

Die Köln. Volksz. veröffentlicht folgendes Birkenschieden: Geliebte Erzbischöfen! Am 19. und 23. Januar d. Js. finden die Wahlen für die Nationalversammlungen statt. Von den Beschäftigten dieser Versammlungen hängt vorwiegend das Wohl und Wehe unseres geliebten Vaterlandes und die Zukunft unserer hl. katholischen Kirche in deutschen Landen in hohem Grade ab. Ich halte es deshalb für eine gebieterische Pflicht meines Oberhirtenamtes, euch eindringlich an die Pflichten zu erinnern, die euch nicht bloß als Staatsbürgern, sondern auch als treuen Kindern der katholischen Kirche bei den bevorstehenden Wahlen obliegen. Denn nach den Erfahrungen der letzten Wahlen kann es nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß man in weiten Kreisen mit allem Eifer an der Arbeit ist, die katholische Kirche ihrer Grundrechte zu berauben und ihr die äußere Stellung zu nehmen, die ihr nach göttlichem und menschlichem Rechte gebührt. Es soll der Staat von der Kirche getrennt werden, damit die Wirksamkeit der Kirche gebremst, ihr Einfluß gedehnt werde. Es sollen der Kirche die Mittel geraubt werden, deren sie zur Erfüllung ihrer Mission unter den Menschen bedarf. Dabei soll eine Schule eingerichtet werden ohne Gott und ohne Religion, ohne Religionsunterricht und ohne Religionsübung. Aber alle diese Fragen, die unsere heiligsten Interessen berühren, werden die Nationalversammlungen beschließen zu lassen haben. Darum ist es offensichtlich von der größten Bedeutung, daß wir in die Versammlungen als unsere Vertreter nur solche Männer und Frauen entsenden, die geeignet und gewillt sind, den göttlichen Befehlen, die sie gegenwärtig breit machen, einen festen Damm entgegenzusetzen. Ich wende mich daher an alle meine Erzbischöfen, besonders an die Frauen, die jetzt zum erstenmal an die Wahlurnen treten, und ermahne sie zu eindringlich, als ich es vermag, bei den bevorstehenden Wahlen ihrer Pflicht als Katholikinnen eingedenk zu bleiben u. dasum ohne Ausnahme gewissenhaft an dem Wahlscheit zu beteiligen. Versteht nicht, welche Verantwortung ihr auf euch laftet, wenn ihr von der Wahl fern bleibt und dadurch einem unglücklichen Ausfalle derselben Vorzug leistet. Wählt dann nur solche Vertreter, die das rechte Verständnis haben von der Bedeutung und Tragweite der großen Fragen, die gegenwärtig die Geister bewegen, wäpelt nur solche, die mutig und unerschrocken einstehen für Religion und Gerechtigkeit, die mit aller Kraft und Entschiedenheit sich denen widersetzen, die die Religion aus den Staatsinstitutionen, aus den Schulen aus den Familien verbannen wollen. Solcher Abgeordneter bedarf die Kirche in der Nationalversammlung, und solche Abgeordnete gereichen auch dem Vaterlande zum Segen.

Wählen wir uns alle wohl bewußt, daß wir nicht nur Gottes Richter sind, sondern auch die Richter werden abgeben müssen, wie wir unsere Pflicht erfüllt haben. Wählen wir darum lo, daß wir damit vor Gott bestehen können. Schließlich mache ich es noch den Herren Parteigängern zur Pflicht, in entsprechender Weise mamentlich auch durch Heranziehung geeigneter Organisationen dahin zu wirken, daß diejenigen Wahlberechtigten ihrer Gemeinde, welche

als gutgestimmte Katholiken können, möglichst vollständig an der Wahl sich beteiligen. Dieser Erlaß ist am Sonntag nach dem Empfang von der Kanzel zu verlesen.

Köln, den 1. Januar 1919.  
Der Erzbischof von Köln: F. Kard. von Hartmann.

### Zur Wahlbewegung in Oldenburg.

Begelegte Zwifligkeiten in der deutsch-demokratischen Partei.

Oldenburg, 3. Jan.  
In letzter Stunde ist es jetzt doch noch zu einer vollen Einigung über die Kandidatenliste der deutsch-demokratischen Partei im Wahlkreis Oldenburg-Ostfriesland-Osnabrück gekommen. Die Sonderbestrebungen im Bezirk Ostfriesland, nach denen dort eine besondere Liste für Bürgermeister Berghaus-Norderney und Landwirt Jan Zeger aufgestellt wurde, sind jetzt heute aufgehoben. Dem Wahlkommissar in Osnabrück wurde die auf dem Parteitage aufgestellte Liste überreicht mit den Kandidaten: Tanken-Heering, Waghorst de Wente und Berghaus-Norderney an der Spitze. Neuerdings wird behauptet für eine Oldenburger Verbindung der deutsch-demokratischen Partei, der deutschen Volkspartei und der Zentrumspartei agitiert. Die Entscheidung hierüber muß bis zum 12. Januar getroffen sein. Gestern und heute nahmen hier die meisten Wähler Einsicht in die Wahllisten, die auf dem Rathaus ausliegen.

### Aus dem oldenburgischen Münsterlande

Wesha, 4. Jan.  
Die gestrigen Zentrumsversammlungen waren, sowohl um 2 Uhr wie um 8 Uhr, sehr gut besucht; der große Schöfersche Saal war voll besetzt. Nach Eröffnung der Nachmittagsversammlung durch den Vorsitzenden des Gemeindeausschusses der deutschen Zentrumspartei in Wesha, Viktor S. Menke, sprach als erster Redner unser erster Kandidat für die Nationalversammlung, Reichsgerichtsrat Vurlage, der als alter Bekannter sehr freudig von der Verammlung begrüßt wurde. Redner wies auf die außerordentliche Bedeutung der kommenden Wahl hin. Das Zentrum werde auf der Nationalversammlung getrennten Programms die Rechte des Volkes zu wahren suchen. In übersängenden Ausführungen und mit zwingender Logik wies der Redner nach, daß die Zentrumspartei von Anfang an für die Interessen aller Stände des deutschen Volkes eingetreten ist, und weitergeleitet ferner schlagend die Vorwürfe, die gegen die Partei vor allem von der Sozialdemokratie erhoben werden. Während gedachte der Vortragende des ersten großen Sozialpolitikers, des Reichs Rettelers, der schon im Jahre 1848 des große soziale Programm des Zentrums grundgelegt und seine sozialen Forderungen schon vor dem Bestehen des Zentrums, als noch keine andere politische Partei sozial tätig war, aufgestellt habe. Er zeigte dann, wie das Zentrum 1870 resp. 1871 im Antrag von Oelen diese Forderungen angenommen und immer wieder vertreten habe, bis auch die andere Parteien sich auf diesen Boden stellten und so die sozialen Gesetze zustande kamen. Das soziale Programm deckte sich zum Teil mit dem sozialdemokratischen, gebe aber nicht so weit wie letzteres, weil dieses zum Zusammenbruch föhren müßte. Das Kulturprogramm der Sozialdemokratie, vor allem auf dem Gebiete der Kirche und Schule (Trennung von Kirche und Staat und konfessionslose Schule) müßten wir auf des entscheidende ablehnen und bekämpfen, weil sonst unsere heiligsten Güter in die größte Gefahr kämen. Der Redner handelte es sich darum, daß wir vor allem mit dem christlich-gläubigen Teil unserer evangelischen Mitglieder, die die Erhaltung dieser Kulturträger ebenfalls für überaus wichtig hielten, uns zusammenzuschließen, um in der Nationalversammlung eine Mehrheit oder doch zum mindesten eine gewaltige Minderheit zu erlangen; denn gegen eine achtunggebende Minderheit würden die Sozialdemokraten und ihre Freunde nicht so ohne weiteres ihr Programm durchzuführen wagen. Stimmführender Vorkämpfer wurde dem Redner für seine Ausführungen zuteil. Als zweiter Redner sprach unser zweiter Kandidat, Arbeitersekretär Hagemann. Der Vortragende streifte unsere politische und wirtschaftliche Lage, erörterte die Zusammenhänge, die zu dem Zusammenbruch föhren, um dann in ernsten Worten auf die Gefahren hinzuweisen, die unseren Kulturträgern drohen, wenn eine sozialdemokratische Regierung am Ruder bleibt. In treffenden Ausführungen erläuterte der Redner die Verdienste der Zentrumspartei in den langen Jahren ihrer parlamentarischen Tätigkeit für das deutsche Volk. Auch dieser Redner fand lebhaften Beifall. In der Abendversammlung sprachen die beiden Redner in ungeheurer Reihenfolge mit dem gleichen glänzenden Erfolge. In der Diskussion machte Wäcker D. Pech einige gute Bemerkungen. Eine in bezug auf die Offiziere gefasste Aeußerung gab Reichsgerichtsrat Vurlage Anlaß zu einer Richtigstellung, mit der D. Pech sich einverstanden erklärte. Die weiteren Ausführungen des Herrn Pech gingen in der Uhrzeit, da die Versammlung sich schon auflöste, zum größten Teil verloren. Das Schlußwort sprach Reichsrat Doerner, der zu einer ruhigen Vertretung an der Wahl aufforderte.

Oldenburg, 3. Jan. Lehrer Fortmann in Broddorf ist aus dem Herendienst entlassen und übernimmt zum 1. Januar wieder seinen Schuldienst an der Unterklasse in Broddorf.  
Wesha, 3. Jan. Der vom Militär zurückgekehrte Hauptlehrer Erdos in Ehren

Lehrerin Wahle, die in Ehren vertrieben hat, ist mit der Verwaltung der Unterklasse in Hemmelle beauftragt.

Wesha, 4. Jan. Morgen früh nach dem Sonntagabend um 11 1/2 Uhr findet in der Schule eine Zentrumsergänzung statt, an der hoffentlich die Wähler vollständig teilnehmen.

### Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 4. Jan.

ha. Mit lebhaftem Interesse sieht man hier der heutigen Aussprache im Eisenbahnverband entgegen. Seit Gründung dieses Verbandes machen sich unter den Arbeitern und Beamten des weitverzweigten Eisenbahndienstes tiefgründige Gegensätze geltend, die das frühere gute Verhältnis auf den Stationen völlig beseitigen zum Schaden des Dienstes. Schon Finanzminister Graepel wies gelegentlich der vorjährigen Beratungen auf das gefährliche Treiben des Verbandes auf den Stationen hin. Der Verwaltung erwachsen dadurch große Schwierigkeiten. Der Verband betreibt namentlich in der letzten Zeit auf den Stationen eine sehr lebhaft Agitation und wirkt für die sozialdemokratische Partei. Man hat hier allgemein das Empfinden, daß es so nicht weiter gehen kann, wenn der Dienst ordnungsmäßig geführt werden soll.

Dem letzten Schmeinemarkt waren kaum 80 Tiere zugeführt. Trotzdem auswärtige Händler erschienen waren, sanken die Preise für Sechswochenferkel um etwa 10 Mk., so daß für die besten Tiere 100 Mk. gezahlt wurden. Sie waren freilich nicht so hervorragend, als auf den Märkten vor den Festtagen.

Ein fremdes Widersprechen geschah zwischen einem kriegesunkassenen Landwirt und seinem Pferde, das ihn während des ganzen Feldzuges getragen hatte, bei einem Verkauf. Die beide gut zusammen ausgekommen waren, kaufte es der Landmann.

Wesha, 3. Jan. Hauptlehrer P. Lohg der bislang am Schullehrerseminar in Wesha vertretungsweise tätig war, übernahm zum 1. Januar wieder den Dienst an der katholischen Volksschule in Delmenhorst (Königsstraße).

Nordenham, 3. Jan. Lehrer Klenne, der bislang die Schule in Haverbeck verwalte, ist zum 1. Januar an die Unterklasse der katholischen Volksschule in Nordenham versetzt.

### Zadestädte und Zeverland.

C. Wilhelmshaven, 4. Jan. Religiöser Vorkrag. In der St. Willibroduskirche wird am Freitag, dem 10. Januar, ein Jesuitenpater aus Wiefelshoort einen Vortrag halten über die Gottlichkeit Christi. „Bist du Christus, der Sohn Gottes, der Gebenedeuten? Christus antwortete: Ich bin es.“ Mark. 14, 61. Es wird frol. zu diesem Vortrag eingeladen. Jeder hat freien Zutritt. — Der Kath. Gefelleneverein hatte am Neujahrstage eine Weihnachtsfeier, zu der die Kolpingfamilie nebst Familie in großer Zahl erschienen. Nach langer Zeit ging mal wieder eines der beliebtesten Neujahrstücke „Im Dachstuhl“ über die Bretter, das große Interesse erzielte. Die sich hier anschließende Verlosung trug zur allgemeinen Erbauung sehr bei, und so verliefen die schönen Stunden nur zu schnell.

Wielshaven, 4. Jan. Auf die am Mittwoch, dem 3. Januar, im hiesigen Werk-Gewerkschaftsausschusse gefasste große Zentrumsergänzung, in der unser erster Kandidat für die Nationalversammlung, Herr Reichsgerichtsrat Vurlage, sprechen wird, machen wir an dieser Stelle noch besonders aufmerksam. Wer die heutige Zeitung aufmerksam liest, der wird über Herrn Reichsgerichtsrat Vurlage so viel erfahren, daß er sich sagen muß: den Mann will ich hören, selbst wenn ich nicht dem Zentrum angehöre. Wir rechnen damit, daß die Versammlung einen großartigen Besuch aufweisen und unsere gute Sache mächtig fördern wird.  
K. Kattin, 3. Jan. Nord oder Ost? Am Neujahrsmorgen wurde die zwanzigjährige Tochter eines Bahnbeamten in der Wohnung des Bräutigams derselben erschossen aufgefunden. Die nähere Untersuchung wird ergeben, ob Mord oder Selbstmord vorliegt.

### Neueste Nachrichten.

Verbot der deutschen Fahne im besetzten Gebiet.

Ill. Köln, 4. Jan. (Draht.) Der englische Militärgouverneur in den besetzten Gebieten hat das Führen der deutschen Fahne zu Lande und zu Schiff verboten.

Ein amerikanischer Kreuzer in Lübeck.

Ill. Lübeck, 4. Jan. (Draht.) Auf der Reede ist der amerikanische Kreuzer „Chester“ vor Anker gegangen.

Vorläufige Ruhe in Kattowitz.

Ill. Kattowitz, 4. Jan. (Draht.) In Kattowitz und auf den benachbarten Gruben war heute morgen alles ruhig. Man rechnet aber mit dem baldigen Wiederausbruch des Streiks.

Die Wahlen zur deutsch-österreichischen Nationalversammlung.

Ill. Wien, 4. Jan. Der Staatsrat beschloß, die Ausschreibung der Wahlen für den 16. Februar in Aussicht zu nehmen. Der Staatsrat bereitet einen Antrag vor, wonach die in Deutsch-Österreich wohnenden deutschen Reichsangehörigen wahlberechtigt sein sollen unter der Voraussetzung, daß den in Deutsch-

land wohnenden Deutsch-Österreichern das gleiche Recht zuerkannt wird.

### Verabschiedung der Generale in Deutsch-Österreich.

Ill. Wien, 4. Jan. (Draht.) Nach dem Verordnungsblatt des Ministeriums sind alle deutschen Generale in den Ruhestand gesetzt.

Des Festes hl. Dreikönige wegen erscheint die nächste Nummer am Dienstag.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Hohl, Wesha, Druck und Verlag: Bestner Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Wesha.

### Bekanntmachung.

Der von den Hausflüchtlungen abzuliefernde Speck für Schwerarbeiter, sogenannter Hindenburgspeck, ist an den nachstehenden Tagen an den Schlachtermeister Müller aus Wesha abzuliefern:

1. aus den Gemeinden Wesha, Lutten und Ohlyse am Dienstag, dem 7. d. Mts., 10 Uhr vormittags beginnend, in den Geschäften des Schlachtermeyers Müller zu Wesha, Große Straße;
  2. aus der Gemeinde Rangföden am Mittwoch, dem 8. d. Mts., von 9 bis 10 Uhr vormittags, bei der Witwe des Wirts Nieder in Rangföden;
  3. aus den Gemeinden Bahum und Westrup am Donnerstag, dem 9. d. Mts., von 1 bis 2 Uhr nachmittags, am Bahnhof Bahum;
  4. aus der Stadtgemeinde und der Landgemeinde Lohne am Montag, dem 13. d. Mts., von 2 bis 3 Uhr nachmittags;
  5. bei dem Schlachtermeyers Kirchhoff zu Lohne;
  6. aus der Gemeinde Wisbek am Dienstag, dem 14. d. Mts., von 10 bis 12 Uhr vormittags, bei dem Wirt Karl Menning zu Wisbek;
  6. aus der Gemeinde Goldenstedt am Mittwoch, dem 15. d. Mts., von 10 bis 11 Uhr vormittags, bei dem Bahnhofswirt Strassburg zu Ambergen;
  7. aus der Gemeinde Dinklage am Donnerstag, dem 16. d. Mts., von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, bei dem Schlachtermeyers Stromann zu Dinklage;
  8. aus der Gemeinde Steinfeld am Montag, dem 20. d. Mts., von 11 bis 12 Uhr vormittags, bei dem Wirt Bergmann am Bahnhof Steinfeld;
  9. aus der Gemeinde Dämme am Dienstag, dem 21. d. Mts., von 9 bis 12 Uhr vormittags, bei dem Wirt Lepe am Bahnhof Dämme;
  10. aus der Gemeinde Neuenkirchen am Mittwoch, dem 22. d. Mts., von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, bei dem Kaufmann S. Thammann zu Neuenkirchen;
  11. aus der Gemeinde Holthorf am Donnerstag, dem 23. d. Mts., von 11 bis 12 Uhr vormittags, bei dem Wirt Haverkamp zu Holthorf.
- Die festgesetzte Menge — Rückenpeck — ist genau und in einwandfreier Beschaffenheit abzuliefern. Das Gewicht wird bei der Annahmestelle festgestellt. Feststellungsscheine und Bescheid sind mitzubringen.
- Die Ablieferungspflichtigen werden ferner angewiesen, die Ablieferungstermine an den 6 Uhr einzuhalten, widrigenfalls der abzuliefernde Speck durch die Genbarmerie eingezogen wird. Ein Entgelt wird in diesen Fällen nicht gewährt. Aufgehoben werden die Einnahmen der Staatsanwaltschaft zur Westrup angelegt werden.

### Bekanntmachung.

Es ist Militär- und Dienstpersonen, die nicht im Dienste des Sicherheitswesens stehen, strengstens verboten, selbständige Eingriffe polizeilicher Natur zu unternehmen, wenn nicht gerade Gefahr im Verzuge ist, oder es sich um ein Verbrechen auf frischer Tat handelt.

Es hat in jedem Falle möglichst zuerst die Benachrichtigung des Chefs des Sicherheitswesens und telephonisch die der Kriminalpolizei zu erfolgen.

Wesha, den 3. Januar 1919.  
Sicherheitswesen des S. States Wesha: gez. G. H. H., Sicherheitskommissar.

Wichtig für Parteivorstände, Agitatoren, Versammlungsleiter, Wahlvorsteher usw.!

Soeben eingetroffen:

## Das Wahlrecht für die Nationalversammlung.

Im amtlichen Auftrage herausgegeben und erläutert von Dr. Alfred Schulte, Obmann des Reichsrates und Vortragendem Rat im Reichstag des Innern.

Nach und nachlich dargestellt, ist es für jedermann ein unentbehrlicher Ratgeber für die bevorstehenden Wahlen.

Preis 3,40 Mk.

Bestner Druckerei u. Verlag, G. m. b. H., Wesha



# Christliche Männer und Frauen!

Die Revolution hat auch die Zentrumsparlei vor neue und schwere Aufgaben gestellt. Wir stehen fest auf unseren christlichen Grundsätzen und treten in dieser Zeit des Umsturzes auf den Plan als

## Christliche Volkspartei.

Als Leitsatz ihres Programms verkündeten die Gründer der deutschen Zentrumsfraktion im März 1871: „Gerechtigkeit ist die Grundlage der Reiche.“ In diesem Satze halten wir heute noch fest. Er muß verwirklicht werden, wenn anders die Wohlfahrt des gesamten Volkes gesichert sein soll.

Vieles ist niedergerbrochen. Auf politischem und auf wirtschaftlichem Gebiet stehen wir vor unerhörten Umwälzungen, — auf geistigem Gebiet darf es keine Umwälzung geben: Ewige Wahrheiten bleiben unveränderlich im Flusse der Zeit.

### Das alte Zentrum baut sich auf neuer Grundlage auf.

**Wir treten ein:** für sofortige Herbeiführung eines Präliminarfriedens, baldigen Abschluß des Weltfriedens der Verständigung und Versöhnung der Völker.

**Wir treten ein:** für die Regelung der Beziehungen der Völker und Staaten zueinander durch das ewige Recht, nicht durch die Gewalt, also für die Schaffung eines Völkerbundes mit Gleichberechtigung.

**Wir treten ein:** für die internationale Regelung des Arbeiterrechtes, des Arbeiterlohnes und der Arbeiterversicherung, wir treten ein für die gleichen Maßnahmen für die Angestellten.

**Wir treten ein:** für die schleunige Einberufung der Nationalversammlung.

**Wir treten ein:** für die Schaffung einer Verfassung durch die Nationalversammlung.

**Wir treten ein:** für gleiches Wahlrecht mit Verhältniswahl für Männer und Frauen im Reiche, in den Bundesstaaten und in den Gemeinden.

**Wir treten ein:** für Erhaltung eines unabhängigen, in seiner Lebensstellung gesicherten Berufsbeamtenstandes.

**Wir fordern:** Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, Schutz der politischen Minderheiten.

Somit erheben wir Einspruch gegen jede Diktatur und Klassenherrschaft und Bergewaltigung der Volksmehrheit durch eine Minderheit, die ihre Macht durch Entwaffnung des Heeres und Bewaffnung der Arbeiterschaft zu stützen sucht.

**Wir fordern:** auch im neuen Staate geordneten Aufbau der Volkswirtschaft im Dienste des Gemeinwohls auf der Grundlage der produktiven Arbeit.

**Wir verlangen:** Ausgleiche Gerechtigkeit für alle Erwerbsstände und Erwerbsstände unter Sicherung des privaten Eigentums, weil nur so die Freude an der Arbeit gewährt wird.

Ausgleiche Gerechtigkeit allein gewährleistet eine gesunde Wirtschaft und Sozialpolitik.

**Wir treten ein:** für die grundsätzliche Verteilung der Steuerlasten nach der Leistungsfähigkeit, für die schärfste steuerliche Erfassung der hohen Einkommen, großen Vermögen und des unbedienten Wertzuwachses, denbar schärfste Erfassung der durch den Krieg gemachten Gewinne.

**Wir erachten als eine Ehrenpflicht die gewissenhafte und ausreichende Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Verbesserung des Rentenfeststellungsverfahrens, Schaffung eines Heimstättenrechtes unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer.**

**Wir verlangen:** Förderung einer auf christlichen Lebenssträßen beruhenden nationalen Gesamtkultur.

**Wir treten ein:** für die Gewissensfreiheit und die Freiheit der Religionsübung.

**Wir protestieren:** gegen die gewaltsame Aenderung der staatskirchlichen Rechtsverhältnisse und gegen die Bergewaltigung der konfessionellen Volksschule.

**Wir verlangen:** das Recht der Eltern auf die Kinder und derurteilen und bekämpfen die Umkehrung der Staatsgewalt auf religiösem Gebiete.

**Wir fordern:** freie Bahn für die Mitarbeit der Frauen bei dem Wiederaufbau und der Pflege des deutschen Volkslebens unter voller Auswertung der weiblichen Eigenart.

Nach wie vor ist unser Kampfruf:

„Für Wahrheit, Freiheit und Recht!“

Alle Männer und Frauen, die wünschen, daß der christliche Geist im neu zu ordnenden Staate eine Stätte finde, fordern wir zum Beitritt auf:

## Erscheint in Massen zur großen Versammlung,

in der Reichsgerichtsrat Burlage

am Mittwoch, dem 8. Januar, abends 7½ Uhr, im Wert-Erholungshaus Wilhelmshaven sprechen wird.

## Christliche Volkspartei (Zentrum).

Sonntag, den 5. Januar im Oldenburger Hof von 5 Uhr an

### Ball.

Es ladet hierzu freundlichst ein  
Musik S.-R. 65.

### Tanz-Kursus.

Am Mittwoch, dem 8. Januar, werde ich bei Witwe Aug. Weichers in Rechte einen Kursus für moderne Tänze eröffnen.

Anfang für Kinder abends 6 Uhr, Anfang für Erwachsene abends 8 Uhr.

Osterwind, Tanzlehrer.

Anmeldungen nimmt Frau Witwe Aug. Weichers entgegen.

### Immobil-Verkauf.

2. Auktion.

Eigner Johann Schrand in Lindern läßt am Freitag, dem 10. Jan., nachm. 1 Uhr, in der Ortschaften Wirtschaft in Lindern seine daselbst belegene

### Eignerstelle

öffentlich meistbietend zum Verkaufe aussetzen.

Die Bestung ist 1 Kilometer vom Orte Lindern belegen, besteht aus guten Wohn- u. Wirtschaftsgebäuden und ca. 60 Scheffellast besten Acker, Wiesen, Weiden und Moorländerien. Die Länderereien sind von bester Bonität und befinden sich in gutem Zustande. Das Ackerland ist direkt am Wohnhause belegen. Eintritt für Gebäude Garten, Wiesen und Moor am 1. Mai 1919, für die Ackerländerien nach Abrechnung der Pflanzfrucht 1919. Ein Teil des Kaufpreises kann stehen bleiben. Zu jeder weiteren Auskunft ist der Unterzeichnete sowie auch der Auktionator Schwinger in Lindern gern bereit.

Essen i. O., den 3. Januar 1919.

B. Diekmann, amtl. Aukt.

### Christliche Volkspartei (Zentrum).

### Öffentl. Wahlversammlung

in Wildeshausen

am Sonntag, nachmittags 4½ Uhr in Wittl Kollegen Saal.

Redner: Schlossermeister A. Kahlste: Neuordnung im Eise. Freie Diskussion. Frauen, Männer und Soldaten! Auf zur Versammlung.

### Der Gemeindeauschuh.

Große

### Zentrums-Versammlung

am Dienstag, dem 7. Januar d. J., nachmittags 3 Uhr,

in Tiedeken's Saale zu Friesoythe.

Redner: Der Zentrumsabndidat für die Nationalwahl Herr Reichsgerichtsrat Burlage, Leipzig.

Die Wahlberechtigten des Amtesbezirks ladet hierzu ein  
Der Vorstand der Zentrumsorganisation.

### Borchers Cafe.

Sonntag und Montag von 4 Uhr an

### KONZERT

mit Ueberraschungen.

Für Kaninchen und sämtliche Geflügel zahlt die höchsten Preise

Bedsta I. O. Franz Suerdied.

Den geehrten Bewohnern von Neuenhagen und Umgebung zur Mitteilung, daß ich im Hause des Herrn Tol. Eicher, Bahnhofstraße am 7. Januar ein

### Schuhgeschäft

eröffne. Sichere der besten Rumbdicht gute Reparatur werden prompt und billig erledigt.

Jos. Kramer, Schuhmacher.



Sonntag, 5. Januar 1919.

Aus der Tätigkeit des Reichsgerichts-rats Burlage als oldenburgischer Landtagsabgeordneter.

Wir haben schon auf die von sozialdemokratischer Seite eingeführte Agitation gegen unseren Kandidaten zur Nationalversammlung, Reichsgerichtsrat Burlage, hingewiesen. Wir haben ferner durch die Weitergabe einer feiner Landtagsreden zugunsten der Eisenbahnarbeiter gezeigt, daß Reichsgerichtsrat Burlage, als Mann aus dem Volke, auch für die Interessen des Volkes eingetreten ist und daß die von sozialdemokratischer Seite herrührenden Ausstellungen durchaus haltlos sind. Obgleich das bereits Gelegene genügen würde, wollen wir noch an der Hand des stenographischen Berichtes eines Landtags, der ersten Verammlung des 30. Landtags 1905/06, des vorletzten, dem Reichsgerichtsrat Burlage als Landtagsabgeordneter angehörte, Material beibringen, vor dem die vereinzelt auftretenden Anklagen verfliegen müssen.

Landtags-Sitzung vom 7. Dezember 1905. Stenographischer Bericht Seite 14. In einer vom sozialdemokratischen Abgeordneten Hug erstellten Debatte über die Preissteigerung wurde unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrat Burlage als Landtagsabgeordneter eine Debatte über die Preissteigerung abgehalten, die in der ersten Linie die kleinen Kandidaten sind, nicht Großgrundbesitzer. Und wenn man die schlimmen Jahre, die für den Landwirt vorangegangen sind, beachtet, so könnte man meinen, daß den kleinen Leuten der Vorteil wohl zu gönnen ist.

Ich meine nun, daß wir es mit einer vorübergehenden Erscheinung zu tun haben, die wir immerhin wohl fragen können. Es kommt auch in Betracht, daß diejenigen, die aus der hohen Preisen Nutzen ziehen, gerade in erster Linie die kleinen Kandidaten sind, nicht Großgrundbesitzer. Und wenn man die schlimmen Jahre, die für den Landwirt vorangegangen sind, beachtet, so könnte man meinen, daß den kleinen Leuten der Vorteil wohl zu gönnen ist.

Für eine gesunde Mittelstandspolitik ist der Abg. Burlage immer entschieden eingetreten. Gegenüber sozialdemokratischen Angriffen legte er seinen Standpunkt in der Sitzung vom 21. Dezember 1905 (Sten. Ber. Seite 124) folgendermaßen dar:

Herr Abg. Heimann hat gesagt, ich hätte besonders betont, Mittelstandspolitik zu betreiben. Das ist richtig, aber es ist unrichtig, wenn Herr Heimann fortfährt, er wolle nicht eine solche einseitige Politik mitmachen. Nein, Herr Kollege Heimann, eine einseitige Politik habe ich nie betrieben. Ich habe Politik betrieben, die allen Erwerbsständen dienlich gerecht werden will. Wie will die Landwirtschaft ins Auge faßen, den Handel, das Handwerk. Wenn ich Mittelstandspolitik betriebe, so heißt das nur: Ich betriebe auch Mittelstandspolitik und nicht ausschließlich Mittelstandspolitik. Ich habe auch stets den berechtigten Wünschen der Arbeiter dienlich nachzukommen gesucht und glaube, daß ich mit meinen Bestrebungen den Arbeitern mehr diene, als Herr Heimann ihnen zu dienen versucht.

Für härteren Schutz und Unterstützung unserer Küsten- und Flussschiffer gegenüber der holländischen Konkurrenz trat der Abg. Burlage in der Sitzung vom 21. Dezember 1905 ebenfalls warm ein. Er wies auf den schweren Kistenkampf hin, in dem andere heimische Schiffer leiden, da s. W. die holländischen Schiffer bis Friesoyde fahren. Auf eine Entgegnung des Mitglieds Schor antwortete er: Ich wolle nur betonen durch die von mir angetragene Erörterung, daß man unseren einheimischen Schiffern in ihrem schweren Kistenkampf so gut zu Hilfe kommt, als das Gesetz es erlaubt.

Zum Schluß unserer Ausführungen wollen wir ein sozialdemokratisches Urteil über den Abg. Burlage mitteilen, und zwar ein Urteil des Führers der oldenburgischen Sozialdemokraten, Abg. Hug. Als während einer Rede des Abg. Burlage in der Sitzung vom 5. März 1906 (Sten. Ber. S. 307 f.) der sozialdemokratische Abg. Heimann durch zweimaligen Zwischenruf behauptete, daß es bei uns in Oldenburg Klassenjustiz gebe, sagte Abg. Burlage: Ich habe nie etwas von Klassenjustiz gemerkt. Wo ein Arbeiter einem reicheren Manne gegenüberstand, war das herotretende Verhalten wahrzunehmen, dem Arbeiter gerecht zu werden. Der Abg. Hug (S. 307) sagte im weiteren Verlauf der Debatte (Sten. Ber. S. 312 f.): Ich gebe Herrn Abg. Burlage gern zu, daß er ein Recht hat zu sagen, daß er in dem Bezirk, wo er bel uns gewesen ist, den Ansprüchen machen kann, mit strenger Rechtfertigung gearbeitet zu haben. Ich will noch weiter gehen und ihm das Kompliment machen, daß man in unserem Bezirk noch immer mit der größten Hochachtung von seiner richterlichen Tätigkeit spricht.

Recht und Gerechtigkeit sollen die Grundlagen des neuen Deutschland sein. Sogar seine härtesten politischen Gegner müssen unserem ersten Kandidaten, Reichsgerichtsrat Burlage, das Zeugnis geben, daß er ein Mann strenger Rechtfertigung ist. Solche Männer sind vor allem begehrt und begehren, in der Nationalversammlung am von des neuen Deutschland mitzuarbeiten. Christliche Wähler und Wählerinnen, treten deshalb geschlossen und einig für die Kandidatur des Reichsgerichtsrat Burlage, der sich für die Interessen des Volkes einsetzt, ein. Seine Stimme darf verloren gehen; denn am 19. Januar, dem Einberufungstage, kommt es auf jede Stimme an.

Nus dem oldenburgischen Münsterlande

— Herr Reichsgerichtsrat Burlage wird sprechen am 8. Januar in Cloppenburg, am 7. Januar in Friesoythe, am 8. Januar in Wilhelmshaven, am 9. Januar in Delmenhorst, am 10. Januar in Oldenburg.

— Vom hiesigen Soldatenrat des Inf.-Regts. Nr. 65 erhalten wir heute morgen (4. Januar) folgende Zuschrift:

Unter Bezugnahme auf Ihre wiederholten anmerkungswürdigen Bemerkungen gegen die Arbeiter- und Soldatenräte im allgemeinen bemerken wir, daß die uns unterstellten Soldaten Ihnen am 19. Januar d. Js. darauf die richtige Antwort zu geben wissen.

Der Soldatenrat Inf.-Regts. 65. Was den hiesigen Soldatenrat, mit dem wir doch in keiner Weise ernste Unfröhmlichkeiten gehabt haben, veranlaßt, für die Arbeiter- und Soldatenräte einzutreten, ist uns nicht recht verständlich. Bis hierher pflegten die Soldatenräte der Fronttruppen dazu keinen Anlaß zu haben. Es wäre doch wohl in erster Linie Sache des Arbeiter- und Soldatenrats der Stadt Wehda gewesen, uns darauf hinzuweisen, wenn wir über das erlaubte Maß der Kritik hinausgegangen wären. Geradezu unfällig erscheint es uns aber, daß der Soldatenrat gerade heute mit seiner Wehdaer Besetzung, wie der Bremer Arbeiter- und Soldatenrat die Frontsoldaten des Bremer Inf.-Regts. 75 in geradezu hinterlistiger Weise entausst. Will der Soldatenrat des Inf.-Regts. 65 dieses schändliche Vorgehen des Bremer radikalen Arbeiter- und Soldatenrats gegen die Fronttruppen etwa billigen? Der hiesige Soldatenrat droht dann, daß die ihm unterstellten Soldaten bei der Wahl am 19. Januar die richtige Antwort werden würden. Wir haben bislang geglaubt, daß die Soldatenräte eine unpolitische Einrichtung wären. Hier scheint man der Ansicht zu sein, daß der Soldatenrat auch die ihm unterstellten Soldaten politisch nach seinem Belieben beeinflussen könne. Wir wollen aber hoffen, daß die hiesigen Soldaten sich ihre politische Ueberzeugung nicht vom Soldatenrat vorschreiben lassen. Welche Politik das Zentrum treibt, das zu hören, wachen sie gestern Abend Gelegenheit. Wenn sie dieser zustimmen können — und wir zweifeln nicht daran —, dann werden sie auch am 19. Januar den richtigen Stimmzettel zu finden wissen.

— Die Soldaten des Inf.-Regts. 65 werden gut daran tun, daß sie morgen und übermorgen noch die Wählerliste einsehen, da sonst die Gefahr vorzuliegen scheint, daß nicht alle am 19. Januar ihr Wahlrecht ausüben können. So konnten gestern, trotzdem die Listen der wahlberechtigten Soldaten vom Regiment resp. von den einzelnen Kompanien aufgestellt waren, von anderer Seite noch 30 wahlberechtigte Soldaten in der Bürgermeisterei für die Wählerliste angemeldet werden, die sonst ihr Wahlrecht nicht hätten ausüben können.

— Der hies. Arbeiterverein, dessen Mitglieder bis auf wenige ältere Männer alle unter Waffen standen, hält am Dreikönigsfeste um 1/2 Uhr im Gesellschaftsraum eine Versammlung ab zur Begründung seiner zurückgekehrten Mitglieder. (Siehe Annonce in voriger Nummer). Es ist zu erwarten, daß alle der Arbeiterfreunde treu geblieben sind und am Montag erscheinen werden. Auch die Familien der Mitglieder und Ehrenmitglieder wollen die Zurückgekehrten durch ihr Erscheinen willkommen heißen.

— Frühlingsmäßig ist schon seit Wochen die Witterung. Wiesen und Weiden zeigen ein Grün, wie sonst kaum im April, nur Späde, daß der übermäßigen Wärme wegen das Vieh nicht ausgetrieben werden kann. In den Blumenbeeten stehen schon vorwärtige Schneeglöckchen ihre Blässhäfte aus der Erde und der leuchtende Feuerdorn steht in verschiedenen Größen in voller Blüte. Ja, ja, es ist eine sonderbare Winterzeit.

— Aus dem nördlichen Amte Wehda, 3. Jan. Man schreibt uns: Die großen massenhaften Anlagen und Einrichtungen des Luftschiffhafens Althorn haben mit der Beendigung des Krieges ihre größte Bedeutung verloren und können demnach nur zu einem geringen Teil dem Luftschiffwesen dienbar gemacht werden. Daher besteht die Absicht, dorthelbst ein großes Werk zur Erzeugung von elektrischer Energie für Licht und Kraft einzurichten. Der Amtsverband Cloppenburg soll wegen Anschließung schon mit den maßgebenden Stellen in Unterhandlung stehen und für diesen Zweck die Ueberhörschiffe, die er während des Krieges anfangen konnte, verwenden wollen. — Da die Beleuchtungsfrage im nördlichen Amtsbezirk Wehda — der südliche Teil hat Anschließung an die niederländischen Licht- und Kraftwerke gefunden — in den letzten Jahren eine sehr breisende geworden ist, möchte Schreiber dieses die Frage aufwerfen, ob nicht auch für den nördlichen Amtsbezirk Wehda, etwa für die Gemeinden Goldenstedt, Wisbel, Langförden, Lutten, Oythe, Vakum, Bestrup, Wehda und evtl. Lohne der Anschließung an das geplante Elektrizitätswerk zu erstreben sei, denn das ist zweifellos, daß von einer großen Ueberlandzentrale der elektrische Strom billiger, zuverlässiger und regelmäßiger geliefert werden kann, als von den kleineren Werken, die in dem genannten Bezirke bestehen. Vielleicht

stehen auch dem Amtsverband Wehda Ueberhörschiffe zu diesem Zwecke zur Verfügung.

— Dinklage, 3. Jan. Am gestrigen Nachmittage hielten die beiden Kandidaten unserer Zentrumsparlei, Herr Reichsgerichtsrat Burlage und Herr Sekretär Hagemann unter dem Vorsitz einer überaus zahlreichen Fördererschaft ihre Programmreden. In einer von der sozialdemokratischen Partei einberufenen Versammlung am Abend, in welcher der sozialdemokratische Abgeordnete Hug aus Wilhelmshaven sprach, waren unsere Kandidaten ebenfalls zugegen, und es war ihnen in der Diskussion ein reichliches, ihm zu antworten und bei aller Lebenswichtigkeit mit großer Schlagfertigkeit den Gegnern abzurufen. Herr Hug geriet in die größte Verlegenheit, als er das Erfurter Programm, das für die Sozialdemokratie maßgebend ist, mit seinen Folgerungen verteidigen mußte. Sein Versuch, die praktische Ausführung des Erfurter Programms als unbedenklich oder die Ansprüche der leitenden Kreise der Sozialdemokratie als Privatansicht hinzustellen, konnte keine Sache nicht retten. Die Grundzüge des sozialdemokratischen Erfurter Programms in wirtschaftlicher und religiöser Beziehung müssen wir mit ihren Folgerungen rundweg ablehnen. Das ist wohl aus der Diskussion der ganzen Versammlung bis auf einige wenige klar geworden, und Herr Hug ist es gewiß auch klar geworden, daß hier im Münsterlande kein Boden ist für sozialdemokratische Ideen. Folgende Resolution wurde, was noch wohl selten in einer sozialdemokratischen Versammlung vorgekommen ist, von der Versammlung unter großem Applaus einstimmig (anscheinend erhob sich nur eine Stimme dagegen) angenommen:

- 1. Wir Dinklager stehen mentweg auf dem Boden des Zentrums und sind prinzipielle Gegner der Sozialdemokratie.
2. Wir verlangen einmütig die Beibehaltung der konfessionellen Schule.
3. Wir protestieren gegen die Trennung von Kirche und Staat.
4. Herunter mit Adolf Hoffmann vom Ministerseffel.

— Bischof, 3. Jan. Im Jahre 1918 wurden in der Gemeinde 70 Kinder geboren, 73 Personen sind gestorben und 11 Paare sind getraut. Die Zahl der Sterbefälle mit 73 ist die größte seit 10 Jahren.

— Cappelsh, 4. Jan. Diejenigen, welche für die nächsten Monate Brennspiritus beziehen wollen, wollen ein diesbezügliches Formular in den nächsten Tagen, spätestens aber bis zum 7. Januar unterfertigen. Formulare sind bei dem Rechnungsführer zu haben.

— Cloppenburg, 4. Jan. Karbid ohne Karfen ist bei Kupferförmig Stopp zu kaufen.
— Cloppenburg, 4. Jan. Centrumspartei versammlungen finden am Feste der hl. drei Könige um 3/2 und 6 Uhr in der „Walballa“ statt, zu denen sich die Wähler aus Cloppenburg und den benachbarten Gemeinden jedenfalls um so zahlreicher einfinden werden, als ihnen Gelegenheit geboten wird, unsere Kandidaten zur Nationalversammlung, die Herren Reichsgerichtsrat Burlage und Arbeiterssekretär Hagemann, die schon an verschiedenen Orten des Münsterlandes große Begeisterung für unsere gute Sache geweckt haben, zu hören und sich zu überzeugen, daß unsere wichtigsten Interessen von diesen Männern aufs beste vertreten werden. Am 12 Uhr des Versammlungstages findet in der „Walballa“ eine Versammlung der Gemeindeglieder der Zentrumsparlei statt.

— Wehda, 4. Jan. Für die Wallfahrtskirche in Wehden wurden zum Danke für glückliche Heimkehr aus dem Kriege geoffnet: aus R. 100 Mk., aus St. 500 Mk., aus Cl. 100 Mk., aus R. 100 Mk., aus St. 10 Mk. und 20 Mk., aus R. 20 Mk.; ferner gingen noch ein aus R. 20 Mk., von Ungenannt 70 Mk., aus Cl. 10 Mk., aus D. 20 Mk., von einem Feldgrauen 10 Mk., aus V. 10 Mk., aus Cl. 33.22 Mk. (Nachschuß eines Feldgrauen), desgl. 100 Mk., von Ungenannt 50 Mk., aus D. 10 Mk., aus St. 20 Mk., von einem Feldgrauen 10 Mk., aus R. 10 Mk., desgl. 20 Mk., aus Cl. 10 Mk., aus St. 6 Mk. Aus dem Nachschuß des hochw. Herrn Prof. Braegemann-Wehda wurde der Kapelle ein neuer Messelch überwiehen, von unbekannter Seite eine silberne Hostienloche. Allen ein herzlich „Vergelt's Gott!“

— Bunnen, 1. Jan. Die heutige Volksversammlung der Zentrumsorganisation im Dunsfort'schen Saale war so zahlreich besucht, daß nicht alle Platz fanden. Auch die Damenwelt war außergewöhnlich stark vertreten. Runtt 4 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Pastor Siemer, die Versammlung und erteilte das Wort dem Redner, Hauptlehrer Schillmöller. Dieser verbreitete sich in eindringlicher, glänzender Weise über das Zentrum und dessen neuzeitlichen Forderungen. Reicher Beifall lohnte seinen Ausführungen. Dann ergriff der Vorsitzende das Wort und mahnte die Versammelten zu einmütigen Eintreten für die aufgestellten Zentrumsstandpunkte und erwähnte namentlich die Verdienste unseres früheren Landtagsabg. Burlage. Nachdem noch Hauptlehrer Lübbens und Landwirtschaftslehrer Hemme die Worte des Hauptredners unterfützt hatten, widerlegte der Vorsitzende die Einwendungen gegen Herrn Burlage und beantwortete die aufgeworfenen Fragen. Auch von hier aus werden die Be-

zirksvorsteher die Wahlliste nachprüfen. Um 6 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

— Essen, 3. Jan. Die Steine auf dem Marktplatz sind in der Neujahrsnacht rot angefärbt und als Wunderdenkmal bezeichnet worden. Wie verlautet, sollen die Steine, die schon seit Jahren auf dem Marktplatz liegen, demnach dazu benutzt werden, um für unsere Eisenereise eine würdige Denkmal zu errichten. Es sind weit über 100 Männer aus unserer Gemeinde ein Opfer des unglücklichen Krieges geworden; viele sind auch noch vermisst. — Die elektrische Lichtanlage funktioniert gut, und die meisten Einwohner Essens sind eingeschlossen, und so ist es möglich, daß in den frühen und dunklen Winterabenden die Landwirte, Geschäftleute und Handwerker ihren Geschäften obliegen können. Zu wünschen wäre, daß auch die Straßen elektrisch beleuchtet würden; denn an den dunklen Abenden ist es hier mit der Beleuchtung mäßig bestellt. Mit der elektrischen Lichtanlage ist eine Reformwelle verbunden, die im Laufe des Jahres wohl stark in Anspruch genommen wird.

— Essen i. D., 3. Jan. Laut ergangener Verfügung werden die Lebensmittelpreise kontrolliert; auch auf Wohnhöfen und in den Jagen findet eine strengere Revision statt. Die auswärtigen Sammler werden deshalb auf ihre Tätigkeit etwas eingeschränkt, und für die Bauern wird das Beste sein, wenigstens jetzt in lechter Stunde ihre überflüssigen Produkte der Allgemeinheit zu normalen Preisen zuzuführen. Dann brauchen auch nicht solche Wunderdenkmäler errichtet zu werden, wie in der Neujahrsnacht auf dem Marktplatz. Man sollte von christlich denkenden Leuten nicht glauben, daß sie die Nahrungsmitel, welche sie über haben, zu unglücklich hohen Preisen an Leute, die vielleicht noch mehr Wucher damit treiben, verkaufen. Wir wollen hoffen, daß wenigstens jetzt in der Zeit der Not Steuern zu lassen, und da redest das Wunderdenkmal auf dem Essener Marktplatz eine recht eindringliche Sprache. — Unsere Schulen werden nimmend vom Militär geräumt, da ein größerer Teil der jetzt hier liegenden Soldaten wegziehen. Der Unterricht wird dann am 7. d. M. wieder aufgenommen. — Die freimülligen Weidre für die neuen Kirchenfenster geben ziemlich gut ein. Die Jungfrauenkongregation und der Mütterverein stiften je für sich ein Kirchenfenster. Auch ein paar wachhabende Privatleute sind dem Beispiel gefolgt und haben Fenster gestiftet. Hoffentlich sind bald alle Fenster gestiftet, daß wir mit ihnen zugleich auch die notwendige Heizung anlegen können. — In unserer Gemeinde sind im verflochtenen Jahre 74 geboren und 70 gestorben. Der Geburtenüberschuß ist also verhältnismäßig klein, und wenn wir den Krieg mitschmen, wird ein gemäßigtes Defizit zutage kommen. Verheiratet haben sich 12 Paare. Hoffentlich fällt das neue Jahr für die Bevölkerungszunahme und die Gesundheitsverhältnisse in unserer Gemeinde besser aus.

— Essen, 3. Jan. Herr Schlachtermeister Gerh. Formold ist aus dem Felde zurückgekehrt und hat sein Geschäft wieder aufgenommen. — Die Eisenereise der Herrn Diekmann ist von den aus dem Kriege zurückgekommenen Obr. Blome wieder gepachtet worden.

— Friesoythe, 4. Jan. Wie aus dem Anzeigenblatt ersichtlich, findet am 7. Januar 3 Uhr in Tiedekens Saale eine große Zentrumsversammlung statt, in der Herr Reichsgerichtsrat Burlage-Wehda, unser Zentrumskandidat für die Nationalwahl, reden wird. Es ist außer allem Zweifel, daß diese überaus wichtige Versammlung einen starken Besuch aufweisen wird.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 4. Jan.

— Der Osnabrücker Mörder Arbeiter Posthoff, der vor einigen Tagen bei seiner Festnahme auf der Straße einen Hilfspolizeibeamten erschoss und dann flüchtete, ist am Neujahrstage morgens auf dem hiesigen Bahnhof von der städtischen Polizei festgenommen und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt worden. Der Täter, der bei seiner Festnahme sich eines falschen Namens bediente, führte auf mehrere Namen laufende Militärpapiere und einen geladenen Revolver bei sich. Posthoff, der noch eine Anzahl Einbruchsdiebstähle auf dem Kerbholz hat, war mit einem Gefährten namens Schleifer hierhergekommen, um weitere Einbrüche auszuführen. Verraten wurde Posthoff dann von Schleifer, weil Posthoff diesen wegen Diebstahls eines Paketes mit Lebensmitteln und von Einbruchswerkzeugen anbielt, nach der Polizeiwache führe und zur Anzeige brächte. Wie die N. hören, soll Posthoff ihm zur Last gelegten Mord in Osnabrück zugegeben haben.

— Dank. Das Kabinett sendet den R. f. St. u. R. folgende Erklärung: „Es hat mich von Herzen gefreut, daß viele Hunderte von Einwohnern der Stadt Oldenburg mir in einer gemeinsamen Adresse ein Zeichen ihres freundschaftlichen Dankens zu Beginn des neuen Jahres gegeben haben. Ich spreche allen, die sich daran beteiligt haben, hierdurch meinen tiefempfindlichen Dank aus.“

Responsible Schriftleiter: G. Thole, Wehda, Druck und Verlag: Wehdaer Drucker und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger), Wehda.



### Geschäftseröffnung.

Von heute (Sonntag), abends 6 Uhr an täglicher Verkauf von frischem, prima



## Rossfleisch

im Hause des Herrn Postmeyer, Bremerstr. v. d. Zyl & Lan.

### Ein kleiner, wachsender

## Haushund

zu verkaufen. Nachfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

## 1 Jagdhund

zu verkaufen. Louis Wente, Bechta, Oldenburgerstr.

Zu verkaufen eine junge, glatte

## Ruh

Wm. Kuntel, Neple bei Schneidberg.

## 2 belegte Ziegen

zu verkaufen. F. Suedlich, Bechta.

Suche gegen Frühjahr oder Herbst d. J. eine

## Pacht oder Heuer

mit wenig Hilfe. Nachfragen bei Hof. Schumacher, Dintlage.

## Sportwagen

zu verkaufen. Borchers, Bechta.

## Obstbäume

hat abzugeben. Cl. Stukenborg, Vechta, Bremerstraße.

## Vechta, Burgstraße 11

Reparatur-Werkstatt für alle Arten

## Wand- und Wand-Uhren.

Zu kaufen gesucht 2000 Stück

## Cement-Dachziegel

Marke Columbus. Aug. Dammann, Lutten.

## Wildfelle

läuft zu hohen Preisen. Albert Schulte, Kürschnermeister.

## Verloren

klebneres Zigarettenetui am Morgen des 1. Januar auf dem Wege Hotel Kamerer-Seminar. Gegen hohe Belohnung abzugeben. Bechta, Münsterstr. 77.

## Regenschirm

verloren von Klingenhagen bis Dylke. Näheres Bechta, Klingenhagenstraße 16.

## Geld gefunden.

Schüring, Bechta.

Kriegswirtschaftsstelle. Bechta, 4. Januar 1919.

Der Preis des in den Karbidverkaufsstellen ausgegebenen Karbids beträgt für das kg 1.60 Mk. statt bisher 1.50 Mark.

Altdens.

## Gemeinde Osterburg.

Ausgabe von Futtermitteln für Pferde, Kühe, Schweine und Geflügel am Dienstag, dem 7. d. Mts., nachm. von 2-5 Uhr in der Verkaufsstelle Kampstraße. Säcke bezie. Beutel sind mitzubringen. Hofenbalm.

## Holz-Verkauf zu Norddöhlen.

Am Dienstag, dem 14. Januar, vormittags 11 Uhr beginnend, läßt Vollerin Ww. Thöle zu Norddöhlen

## 250 Nummern Birken,

für Holzschuhmacher und Brennholz passend, öffentlich meistbietend verkaufen. Käufer verjammeln sich bei dem zu verkaufenden Holze „Papenlos“. Bischof. C. Engelmann.

## Zu kaufen gesucht: Eichen,

rund und geschnitten, jedes Quantum, hauptsächlich schwerere Stämme von 35 cm aufwärts. Angebote erbitten mit näheren Angaben und Preisen

## M. & H. Wuesthoff,

Holzgroßhandlung, Düsseldorf.

## Holzverkauf.

Am Freitag, dem 10. Januar werde ich auf meiner in Westertuten gelegenen, Benedicks Stelle eine

## grössere Partie Brennholz

meistbietend verkaufen lassen. Käufer versammeln sich nachmittags 1 1/2 Uhr beim Wirt Rothmann in Westertuten.

Silbsbüren, 4. Jan. 1919. Ww. Gerdesmeyer.

Mitmachlich aus Versehen mitgenommen wurde in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag von der Leine Gde Brinckfr. Knecht.

## ein fast neuer Militäranzug nebst Galastiefel und Egrajopren.

Der ehrliche Empfänger wird gebeten, dieselben bis Sonntag an Ort und Stelle zurück zu erstatten. J. A. Silbestermann, Lohne i. O.

## Preussische Südd. Klassen-Lotterie.

Lose zur 1. Klasse, Ziehung 7. u. 8. Jan. sind zu haben auch unter Nachnahme.

1/5	1/5	1/5	1/5
zu 5	10	20	40 Mk. für jede Klasse
„ 25	50	100	200 „ „ alle 5. Klassen.

Otto Wulff, Oldenburg i. Gr., Preuss. Lot.-Einnahm., in Bechta: Ed. Fiegel, in Lohne: W. Kömann.

## Pferde-Verkaufsanzeige

für Montag, den 6., Dienstag, den 7., Mittwoch, den 8. und Donnerstag, den 9. Januar,

vormittags 9 Uhr auf dem Pferdemarktplatz in Oldenburg.

Es kommen an diesen Tagen je ca. 200 Truppenpferde

leichteren und schwereren Schlages zu den bisher bekanntgegebenen Bedingungen zum Verkauf. Außer den ausgegebenen Pferdemarkt ist künftig noch ein von den zuständigen Amtsstellen ausgefertigter Hinweis über die Vermögens- sowie sonstigen Verhältnisse des Interessenten erforderlich.

Inhaber von Kriegsanleihebüchern müssen den Nachweis erbringen, daß sie die Stücke selbst erworben haben.

Im Auftrage des Garnisonkommandos: Die Pferdeverkaufskommission. Brauer. Thiele.

Gabe mich in Bechta als

## Tierarzt

niedergelassen und wohne vorläufig wie bisher in Schilmüllers Hotel.

Bemfprechr Nr. 14.

Dorf Müller, prakt. Tierarzt.

## Bersammlung.

Am Sonntag, dem 5. Jan., nachm. 4 Uhr bei Melchers (Drei Kronen)

## Zusammenkunft

der zurückgekehrten Bechtaer Kriegsteilnehmer. Besprechung verschiedener Angelegenheiten.

## Pferdeschlachtere.

Josef Franzke, Vechta, Mühlenstraße Nr. 5

Von heute ab täglich frisches Fleisch, Wurst und Gehacktes zu Tagespreisen.

Kaufe Pferde zum Schlachten. Bei Notfischlungen komme sofort.

In einer größeren Gemeinde des Amtsbezirks Geesoythe ist unter meiner Nachweisung ein

## Wohnhaus,

nebst ca. 20 ar großen, beim Hause belegenen Garten unter der Hand zu verkaufen. Das Gebäude ist massiv und noch neu, in direkter Nähe des Bahnhofs, Schule und Kirche gelegen. Die Lage ist besonders geeignet für Tischler, Schuster, Schneider und Schlichter. Eintritt kann am 1. Mai erfolgen.

Scharrel. W. Hellmann.

Kaufe fortwährend unbrauchbare, alte und junge

## Arbeitspferde.

Bitte um Angebote. Bischof. G. Hermes. Telefon 2.

Meiner werten Kundschaft zur Nachricht, daß ich mein Geschäft in vollem Umfange wieder aufnehmen/me.

## Ernst Behrend,

Bedachungsgeschäft, Obligableiterbau, Lohne.

## Zahnleidende!

Röhre werden schmerzlos unter langjähriger Garantie naturgetreu eingesetzt. Plomben in Gold, Porzellan, Amalgam etc. Fast schmerzloses Zahnziehen mittels lokaler Anästhesie, Nervieren, Zahnreinigen etc. Sprechstunden täglich von 8-1 Uhr, 2-7 Uhr, auch Sonntags.

A. Doewenstein, Zahnkünstler, Oldenburg i. Gr., Bahnhofstraße 151. Eingang Blumenstraße. Telefon 1450.

In aller nächster Nähe des Bahnhofs. NB. Für Unwärtige: Anfertigung künstlicher Röhre in kürzester Zeit.

## Statt besonderer Anzeige.

Die Geburt eines gesunden

## Jungen

zeigen hochehrent an.

Vechta i. O., den 4. Jan. 1919.

Norbert Hermanns und Frau IIs & geb. Kellner.

Statt Karten.

## Maria Diekmann Franz Rolles Verlobte.

Horme bei Bakum Westerbakum bei Bakum Januar 1919.

Ihre Verlobung beehren sich bekannt zu geben:

## Maria Nemann Clemens Gramann

Spreda b. Langförden Lohe b. Bakum Januar 1919.

## Rechterfeld!

Mittwoch von 10 bis 4 Uhr: Geflügel- und Kaninchen-Abnahme am Bahnhof. Bechta. D. Borchers.

## Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen, heute abend um 10 Uhr meine innigstgeliebte Frau, unsere gute, treue Mutter, meine liebe Tochter, die Ehefrau

## Maria H. Kalvelage

geb. Bruns zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Sie starb nach kurzer, heftiger Krankheit, wohl vorbereitet durch einen erst christlichen Lebensabend und getraut durch den andächtigen Empfang der hl. Eucharistie am 32. Lebensjahre, ergeben in Gottes hl. Willen. Um ein andächtiges Gebet für die Seele der lieben Verstorbenen bitten

Die trauernden Angehörigen. Kleinenheuten, den 1. Januar 1919.

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 7. Januar, vorm. 9 Uhr in Wildeshausen vom Krankenhaus aus statt, wozu hiermit eineladen wird.

Gott: jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansehen zu wollen.

## Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen, meinen innigstgeliebten Sohn, meinen lieben Bruder, den Kongregantist

## Josef Siefert

im Alter von 21 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen

Schon krank kehrete er am 28./7. 1918 nach fünfmonatlicher französischer Gefangenschaft in die Heimat zurück. Nach langem Siechtum, immer schwächer und hinfalliger werdend, stiers gestärkt durch den Empfang der hl. Sakramente, ist er heute morgen um 2 Uhr seinem Leiden erlegen und ist so den Feldentod seines Vaterland gestorben.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

## Die trauernde Mutter

nebst Geschwistern.

Holtdorf, den 3. Januar 1919.

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, dem 8. Januar, morgens 9 1/2 Uhr in Holtdorf, wozu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.